

# streik zeitung

JA zum GDL-Arbeitskampf NEIN zum Tarifeinheitsgesetz



Nr. 6 Mai 2015

## Machtkampf. Streikrecht. Solidarität



23.4.2015, Köln; Foto: Joachim Römer

**W**ir erleben in diesen Tagen bei der Bahn einen Machtkampf, dessen Ausgang das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, Reich und Arm, Regierung und Bevölkerung auf lange Zeit bestimmen kann. Bei dem ein Sieg des Bahnvorstands vor allem ein Sieg von Kapital und Kabinett wäre. Was konkretisiert wird mit einem massiven Angriff auf das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation und damit das Streikrecht.

Es ist der neunte Streik, den die GDL in dieser seit elf Monaten andauernden Tarifaufeinandersetzung führt. Es gab in dem ungewöhnlich langen Zeitraum kaum echte Verhandlungen über die substantiellen Forderungen der GDL (siehe S. 2). Es lässt sich belegen, dass die Deutsche Bahn AG bewusst die GDL hinhält, immer neue Streiks provoziert und sich dies enorm viel kosten lässt (bislang rund 300 Millionen Euro – wesentlich mehr, als eine Erfüllung aller GDL-Forderungen kosten würde). Es wurde dokumentiert, dass es enge Verbindungen gibt zwischen dem Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Werner Bayreuther, und einem strikt gewerkschaftsfeindlichen Institut in Zürich, dem Schraner Negotiation Institute. Deswegen Credo: „Deutschland leidet an seiner Kompromisskultur. Auch in den Konzernen.“ (Spiegel 13/2015; siehe STREIKZEITUNG Nr. 4).

All das unterstützt die These, dass hier keine normale Tarifaufeinandersetzung, sondern ein Machtkampf stattfindet. Provokateur und Eskalierender ist dabei die Bundesregierung, sind Merkel-Gabriel-Nahles. Diese bereiten seit einem Jahr

und damit parallel zur dramatischen Tarifrunde das „Tarifeinheitsgesetz“ vor. Dessen Zielsetzung besteht darin, kämpferische Gewerkschaften wie die GDL existenziell zu bedrohen. Die Bundesregierung kontrolliert das Unternehmen Deutsche Bahn AG in vollem Umfang – als Alleineigentümer und über den IM Ronald Pofalla, den Ex-Kanzleramtsminister, der seit Januar 2015 an der Seite Grubes die Politik verzahnt. Bahnpolitik ist Bundespolitik. Und die Politik der großen Koalition mit dem Tarifeinheitsgesetz ist Politik im Interesse der Konzerne und Banken. Diese haben das Projekt „Tarifeinheitsgesetz“ 2010 auf den Weg gebracht, gemeinsam mit einem DGB, dessen Führung hier als Sherpa der Konzerne agiert.

Soweit so klar. Scheinbar. Denn das Bild, das in der Öffentlichkeit gezeichnet wird, ist ein anderes. Das gibt es die streikgeile GDL. An deren Spitze steht ein uneinsichtiger Gewerkschaftsboss. Diese „lähmen die Republik“. Die Uneinsichtig-Streikwütigen wollen auch noch Hunderttausenden den Pfingsturlaub vermessen. Der Gegenspieler Deutsche Bahn AG hingegen wird repräsentiert durch eine verhuschte Gestalt namens Ulrich Weber, dessen Schmierkomödien-Auftritt immer in dem Satz gipfelt: „Ich bin vollkommen ratlos – wo wir doch gerade einen Millimeter vor einer Einigung standen...“ Ab und an sieht man noch Herrn Grube hinter einer Hecke hervorlugen, die Stirn in Sorgenfalten, von „der Verantwortung der Tarifparteien“ brabbelnd.

Aber hallo! Wo sind wir bloß? Grube-Weber stehen mit dem Konzern DB AG doch für eine Politik,

die typisch ist für unsere Zeit, in der die Reichen sich fast alles nehmen und den weniger Begüterten fast alles verwehren.

Das sieht aus wie folgt: Die DB lässt die Infrastruktur verfallen. Sie hängt Jahr um Jahr neue Städte vom Fernverkehr ab (im Dezember 2014 Trier und Chemnitz). Sie hat allein seit 2001 die Sitzplatzkapazität im Personenfernverkehr um 32 Prozent abgebaut. Sie lässt in den neuen Zügen die Beinfreiheit auf Billigflieger-Niveau reduzieren. Sie lässt Tausende Bahnhöfe in Pisskultur verfallen. Sie realisiert mit „Stuttgart 21“ ein Projekt, das die Kapazität eines Großstadtbahnhofs um 30 Prozent reduziert. (Übrigens: Nur der GDL-Vertreter stimmte im März 2013 im

Aufsichtsrat gegen die Mehrausgaben von 2 Milliarden Euro für S21; Arbeitgeber und EVG stimmten zu 100 Prozent dafür!) Und da diese Politik der Zerstörung von Schienenverkehr derart anstrengend ist, genehmigte sich der Bahnvorstand 2014 die Erhöhung der Vorstandsvergütung um 68 Prozent.\*)

Und was sagt dieser Vorstand im Arbeitskampf mit der GDL? Deren Forderungen seien „nicht bezahlbar“. Der Arbeitskampf sei „unverhältnismäßig“. Und was sagt die Bundesregierung als Vertreterin des Eigentümers? Zunehmend wird unterstellt, der Streik sei „politisch“ und damit möglicherweise illegal.

In Erwägung gezogen wird ein neuer Gang vor Gerichte, um ein Streikverbot durchzusetzen. Doch ein Eingehen auf die Forderungen der GDL, „ein vernünftiges Angebot“, wie von FDP-Vize Kubicki gefordert (s. S. 2) – das ist nicht in Sicht. Kabinett und Kapital wollen den Machtkampf. Und nun ein Totstreiken der GDL. DGB-Spitze und EVG spielen dabei ein Spiel mit, das sich gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung richtet.

Wir appellieren an alle Gewerk-



**Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil Arbeiterinnen und Arbeiter international zusammen halten müssen im Kampf für ihre Rechte. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Nordirland müssen in derselben Weise gegen die Austeritätspolitik kämpfen, wie ihr zur Verteidigung des Streikrechts. Unsere Solidarität habt ihr!**

Padraig Mulholland, Präsident NIPSA (Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in Nordirland)

schaftsmitglieder und an alle Menschen demokratischer Gesinnung: Praktiziert breite Solidarität an der Seite der GDL! Engagiert Euch, um einen flächendeckenden Kahlschlag demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte zu verhindern!

\*) Laut Geschäftsbericht 2014 erhielten die acht Vorstandsmitglieder der DB AG im Jahr 2014 10,4 Millionen Euro an direkten Vergütungen und zusätzlich 3,7 Millionen Euro an Rückstellungen für deren Pensionen, zusammen 14,1 Millionen Euro. Im Jahr zuvor waren es noch gesamt 9,6 Millionen Euro. Das ist eine satte Steigerung um 68 Prozent. Ausführlich siehe: Alternativer Geschäftsbericht Deutsche Bahn AG 2014, Lunapark21 Extra 11, Mai 2015.

## Wie's gerade passt!

Monatelang wurde der Öffentlichkeit erklärt, das Hauptproblem im Tarifkonflikt bei der Bahn bestehe darin, dass die GDL den „bewährten Grundsatz“, wonach für eine Berufsgruppe ein Tarifvertrag zu gelten habe, nicht akzeptiere. Bahnpersonalvorstand Ulrich Weber tonte: „Wir wollen Personalarbeit aus einem Guss.“ Doch bei den Lokrangierführern gilt plötzlich: Es müsse für Streckenlokführer und Rangierlokführer unterschiedliche Tarifverträge geben. Auch die bei der GDL organisierten Rangierlokführer könnten nicht in ein und demselben Tarifregelwerk wie Streckenlokführer eingruppiert werden. Und warum? Tatsachen sind: Es handelt sich in beiden Fällen um Lokomotivführer. Die Qualifikationen sind sehr ähnlich. Die Arbeitsbelastung ist vergleichbar hoch – manche sagen, dass sie im Fall der Rangierlokführer höher ist, da deren Beschäftigung überwiegend im Freien, auch bei Wind und Wetter, stattfindet. Die Trennung in diese beiden Gruppen gibt es auch nur bei der DB AG – es gibt sie nicht bei den anderen Eisenbahnbetreibern. Welchen Grund gibt es dann für die Aufspaltung? Ganz einfach: Lokrangierführer werden von der DB als Lokführer 2. Klasse behandelt und deutlich schlechter als Streckenlokführer bezahlt. Und: Sie werden zunehmend auf der Strecke eingesetzt, womit das Dumping ausgeweitet wird. Daher ist die Forderung der GDL nach grundsätzlicher Gleichbehandlung der Lokrangierführer (in der GDL) mit den Streckenlokführern (in der GDL) nicht nur juristisch berechtigt, sondern strukturell sinnvoll. Eben „Personalarbeit aus einem Guss“.

Die Behauptung, die GDL sei „unsolidarisch“ und „eigennützig“, kann just an diesem Beispiel mit der Frage gekontert werden: Warum bloß sollten Lokführer für Rangierlokführer (oder für Zugbegleiter) streiken? Wenn die GDL das ist, was ihr nachgesagt wird, dann macht dieses Engagement für die Schwachen keinen Sinn. Schon gar nicht, wenn sie in diesen Bereichen, wie dieselben Kritiker sagen, nicht relevant verankert ist. Sinn macht dieses Engagement nur unter einem Aspekt: Wenn Solidarität das leitende Motiv ist.

# GDL-STREIKS ALS „SELBSTZWECK“? GDL „WILL KEINE SCHLICHTUNG“?

## Behauptungen und Antworten

Es gibt eine mediale Front gegen die GDL, insbesondere gegen den neuen und neunten Streik in der aktuellen Tarifrunde, die nunmehr bald ein Jahr andauert. Diese Front ist von handfesten Interessen bestimmt: Bundesregierung, Deutsche Bahn, die Spitzen der „Großgewerkschaften“ IGM und IG BCE und die DGB-Spitze selbst, die EVG und nicht zuletzt die Konzerne und Banken – sie alle haben ein jeweils eigenes, konkretes Interesse daran, die GDL „totzuverhandeln“, in immer neue Streiks und möglichst in eine schwere Niederlage zu treiben. Gleichzeitig agieren die führenden Medien wie gleichgeschaltet. Sei es, weil das der Chefredaktionslinie entspricht. Sei es, weil eine wirksame Opposition weitgehend fehlt, weil auch SPD und DGB in die Anti-GDL-Hetze einstimmen und Grüne und LINKE beim Thema GDL wenig offensiv agieren. Sei es, weil die Materie vielen Medienleuten zu kompliziert ist und sie in ihrer Hamsterrad-Tretmühle dann lieber mit dem Mainstream strampeln.

Umso wichtiger ist es, die aktuell entscheidenden Argumente, die in dieser Kampagne gegen die GDL vorgebracht werden, aufzugreifen und zu beantworten.

**Behauptung 1:** „Streik ist kein Selbstzweck – die GDL streikt nur um des Streiks willen.“ So Julia Klöckner, CDU-Vize.

**Antwort STREIKZEITUNG:** Diese Aussage läuft auf die absurde Behauptung hinaus, die GDL-Mitglieder und insbesondere ihr Vorsitzender hätten eine Art Streik-Gen. Bitte den gesunden Menschenverstand einschalten: Warum sollten mehrere Tausend GDL-Mitglieder scharf darauf sein, „einfach so“ zu streiken – um des Streiks willen? Sie haben bei diesem Streik die Medien und viele Fahrgäste gegen sich. Sie erleiden in jedem Fall – auch bei dem



23.4.2015, Köln; Foto: Joachim Römer

Enttäuschung darüber, dass der Arbeitgeber sich seit zehn Monaten konsequent weigert, konstruktiv zu verhandeln und auf diese Nöte und Belastungen der Beschäftigten einzugehen. Es ist nicht der GDL-Oberindianer, der zum Streiken drängt. Die Forderung nach einem konsequenten Streik wird an der Basis der GDL deutlich lauter gestellt als „oben“ vorgetragen. **Behauptung 2:** Die GDL verweigert sich konstruktiven Verhandlungen und lehnt eine Schlichtung ab. Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Chef, äußerte sich wie folgt: „Es hat schon schwierigere Auseinandersetzungen in der Sache gegeben, die durch eine Schlichtung in sehr vernünftigen Verfahren zu einer Lösung geführt werden konnten. Ein vergleichbarer Fall, bei dem in dieser Intensität Gespräche abgebrochen werden, ist mir nicht in Erinnerung. Dafür verliert die Öffentlichkeit allmählich das Verständnis.“

zulassen will, dass die Lokrangierführer, die in der GDL Mitglied sind, unter den gleichen Tarifvertrag fallen wie die Streckenlokführer.

**Behauptung 3:** Bei den Verhandlungen geht es nicht mehr weiter; da haben sich zwei Streithähne – Weselsky und Weber – verhakht. Aber die GDL lehnt ja eine Schlichtung ab.

**Antwort STREIKZEITUNG:** Das ist unrichtig. Die Ablehnung der GDL in Sachen Schlichtung bezog sich darauf, dass die Verhandlungen zwischen Bahn und GDL bislang so gut wie nie die eigentliche Materie – die konkreten Forderungen – erreicht hatten. Nur darüber hätte man schlichten können, so die GDL. Aber zu diesen Forderungen gab es keine ernsthaften Gespräche. Und schon gar kein Sich-Verhakeln. Gleichzeitig erklärte die GDL zu Recht, dass sie nicht bereit sei, über ihr Verfassungsrecht auf Streik und über ihr gerichtlich verbrieftes Recht, für alle GDL-Mitglieder bei der Bahn Tarifverträge abschließen zu können, „schlichten“ zu lassen. Diese Grundsatzthemen könnten nicht Gegenstand einer Schlichtung sein. Als Bahnchef Grube den *personellen* Vorschlag eines Schlichters (Matthias Platzek) während des letzten Streiks vorgetragen hatte, nannte die GDL dies einen „PR-Gag“. Das bezog sich nie auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Brandenburgs. Sondern allein darauf, dass die Bahn mit

diesem Vorschlag bewusst zuerst in die Öffentlichkeit ging, um erneut den Druck auf die GDL zu steigern – anstatt diesen Vorschlag im vertraulichen Gespräch einzubringen.

Schließlich legte die GDL bei den jüngsten Verhandlungen (Datum: Samstag, 16. Mai, 14 Uhr) sogar einen detaillierten Schlichtungstarifvertrag vor, der zwischen GDL und der Bahn abzuschließen sei. Und was passierte dann? Man trennte sich; die DB-Seite wollte Zeit, angeblich um diesen Text zu bewerten. Knapp vier Stunden später – 17.50 Uhr – traf man sich wieder. Nun zog die DB einen eigenen Text für ein mögliches Schlichtungsverfahren aus der Tasche.

## Forderungen der GDL – für ein menschenwürdiges Leben während der Arbeit – und danach

Die Situation bei den Lokführern und dem Zugbegleitpersonal ist geprägt von Arbeitsintensivierung und Überstunden. Die Zahl der Lokführer wurde massiv abgebaut (allein seit Grubes Amtsantritt 2009 um rund 1000). Die Zahl der Überstunden nimmt ständig zu (bei Lokführern und Zugbegleitern inzwischen auf 4 Millionen). Wenn die DB AG jüngst anbot, man würde 2015 300 zusätzliche Lokführer einstellen, dann ist das nur eine müde Geste. In Wirklichkeit fehlen mindestens 800 Lokführer im Streckenlokbereich.

Das Forderungspaket der GDL enthält die Forderungen nach Erhöhung der Entgelte für alle um 5%. Durch eine Erweiterung des Geltungsbereiches des Tarifvertrags soll dieser nicht mehr nur für die LokführerInnen und Rangierlokführer (siehe S. 1), sondern für das *gesamte Zugpersonal* gelten – soweit in der GDL organisiert. Das sollen die Zugbegleiter, Bordgastrologen, Instruktoren/Trainer und Disponenten sein. Darüber hinaus gibt es Forderungen zur Länge und vor allem zur Lage der Arbeitszeiten:

- ▶ Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit von derzeit 39 Stunden auf 38 Stunden pro Woche
- ▶ Eine Stunde weniger maximale Fahrzeit auf Triebfahrzeugen
- ▶ Eine Begrenzung der bisher tariflich unbegrenzt möglichen Überstunden auf maximal 50 Stunden im Jahr
- ▶ Ein 50-prozentiger Zeitzuschlag bei Schichtverlängerungen
- ▶ Maximal fünf Schichten innerhalb von 120 Stunden (= 5 Tage) statt bisher sieben Schichten in 144 Stunden
- ▶ Freie Wochenenden müssen mindestens von Freitag 22 Uhr bis Montag 6 Uhr dauern.

Mit den qualitativen Forderungen will die GDL per Tarifvertrag einen Beitrag zur Minderung und Milderung der Belastungen derjenigen erreichen, die ihre Arbeitsplätze im Zugdienst haben. Sie knüpft damit an eine lange, schon einige Jahrzehnte zurückliegende und inzwischen fast schon vergessene Debatte in allen DGB-Gewerkschaften, in der damaligen SPD und bei den später hinzu kommenden Grünen an – diejenige über qualitative Forderungen, solche nach einer eher menschenwürdigen Arbeit. Inzwischen fordert auch ver.di bei der Post eine Arbeitszeitverkürzung. Weiter so!

Sie hielt u.a. an der Aufspaltung der Lokführer in zwei Gruppen fest. Vor allem aber präsentierte sie der GDL ein Begleitschreiben, in dem es heißt: „Die letzten beiden Tage haben gezeigt, dass es offenbar nicht möglich ist, in freien Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen. Wir teilen deshalb mit, dass wir *keine weiteren Verhandlungen außerhalb eines Schlichtungsverfahrens* führen werden.“ (Hervorgehoben von uns). Das war Samstag, 16.5., abends. Ausdrücklich war der Sonntag für Verhandlungen noch vereinbart.

Das heißt: Die Vertreter der DB AG waren nicht bereit, mit der GDL über deren Vorschlag für ein Schlichtungsverfahren zu reden. Auch über den Schlichtungsvorschlag der Bahn konnte nicht geredet werden. Im Klartext steht: Keine weiteren Gespräche außerhalb einer Schlichtung – wobei es keine vereinbarte Grundlage für ein solches Schlichtungsverfahren gab.

Warum berichten die Medien nicht über diesen Vorgang, der erneut die DB-Strategie entlarvt? Warum berichten sie nicht über das konkrete Vorliegen eines solchen GDL-Papiers mit den Regularien für eine Schlichtung? Warum schreiben selbst seriöse Journalisten wie Detlef Esslinger und Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* vom 20. Mai nur, Weselsky habe auf der jüngsten Pressekonferenz am 18. 5. *erstmalig das WORT Schlichtung zustimmend in den Mund* genommen? Warum berichten sie nicht von TAT und TEXT?

**Behauptung 4:** Die GDL sei eine „Ellbogen-Gewerkschaft“. Dazu heißt es in der *Taz*: „Es geht der kleinen Spar-

tengewerkschaft darum, ihre Macht bei der Bahn auszudehnen – auf Kosten der größeren Gewerkschaft EVG, die dem DGB angehört.“

**Antwort STREIKZEITUNG:** Ein seltsames Argument. Es liegt in der Natur der Dinge, dass eine Gewerkschaft – GDL ebenso wie EVG – um neue Mitglieder kämpft. Wobei die Mitgliedergewinne der GDL – z. B. beim Zugbegleitpersonal – eher aus dem Bereich der bislang Nichtorganisierten kommen. Es ist aber absurd anzunehmen, dass Beschäftigte in einen Streik gehen würden, damit sich andere ihrer Gewerkschaft anschließen.

**Behauptung 5:** „Die GDL stellt das Eigeninteresse vor das Gesamtinteresse.“ So nochmals Frau Klöckner von der CDU-Spitze.

**Antwort STREIKZEITUNG** Diese Behauptung führt ins Grundsätzliche. Was, bitte schön, ist denn „das Gesamtinteresse“? Ist es nicht so, dass die Wahrnehmung des Streikrechts immer heißt, dass die Interessen anderer damit automatisch negativ berührt werden? Faktisch wird mit diesem Argument das Streikrecht in Frage gestellt. Es war ausgerechnet der FDP-Vize Kubicki, der in diesem Zusammenhang (in Focus vom 18.5.) ein paar angebrachte Sätze sagte: „Der erneute Streik [...] ist die Folge der grundgesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit. Ein Streik, der nicht weh tut, taugt nichts. Es ist an der Bahn, hierauf angemessen zu reagieren.“ Kubicki sah als „angemessene Reaktion“ die Präsentation eines „vernünftigen Angebots“ seitens der Deutschen Bahn AG. Genau an einem solchen fehlt es.



**Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil die Forderungen nach mehr Gehalt und Arbeitszeitverkürzung absolut berechtigt sind. Das Streikrecht ist ein wichtiges Grundrecht, das nicht eingeschränkt werden darf**

Janine Wissler, stellv. Parteivorsitzende DIE LINKE

nun erhöhten Streikgeld – deutliche Einkommensverluste. Es gibt am Arbeitsplatz nervenaufreibende Gespräche mit Kollegen, die anderer Meinung sind. Das Verhältnis zum Vorgesetzten oder zum Arbeitgeber verhärtet sich. Teilweise, so bei befristeten Arbeitsplätzen, droht bei einer Unterstützung für den Streik der Arbeitgeber mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Es ist schlicht unsinnig zu glauben, dass Tausende Gewerkschafter diese negativen Reaktionen auf sich nehmen – einfach so. Ihre Gründe, so zu handeln, müssen vielmehr höchst handfeste sein. Da ist einerseits die ungeheure Arbeitsbelastung (siehe Kasten). Und da sind andererseits die Wut und die

**Antwort STREIKZEITUNG:** Es gab Hunderte Stunden mit Verhandlungen, die seitens der Deutschen Bahn immer so geführt wurden, dass die GDL an der Nase herumgeführt wurde. Das gilt insbesondere für die Grundsatzfrage, dass die GDL für alle ihre Mitglieder bei der Bahn einen rechtlich verbindlichen Tarifvertrag abschließen darf. Das gestand die DB AG der GDL am 17. Dezember 2014 zu. Aber erst nach Streiks! Anfang des Jahres 2015 kassierte sie die Zusage wieder. Sie gestand dies neu zu am 23. Februar, nun sogar in einer juristisch bindenden, von beiden Seiten unterzeichneten Form. Inzwischen kassierte sie diese Zusage erneut, indem sie nicht

# Für gemeinsame Streiktage

## Arbeitskämpfe in den Bereichen Kitas und Sozialarbeit

Interview mit Julian Koll, Erzieher und Mitglied der bezirklichen Arbeitskampfleitung von ver.di in Dortmund und Heidrun Dittrich, Sozialarbeiterin und ver.di-Vertrauensfrau bei der Stadtverwaltung Hannover und Mitglied in der betrieblichen Streikleitung.



### 150.000 Beschäftigte der Sozial- und Erziehungsdienste haben sich bisher an den Streiks beteiligt. Worum geht es?

**Julian Koll:** Es geht um eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsbereufe durch Lohnerhöhungen von durchschnittlich zehn Prozent. Das ist für meine Kolleginnen und mich als Erzieherinnen und Erzieher dringend nötig, denn die Anforderungen an unseren Job sind enorm gewachsen und die Arbeitsbelastung ist hoch. Kindergärten sind heute Bildungseinrichtungen. Wir haben viel mehr Aufgaben als früher, aber weiterhin dieselben Strukturen, Gruppengrößen und Personalschlüssel.

**Heidrun Dittrich:** Es geht auch um eine Aufwertung von Berufen, in denen zum allergrößten Teil Frauen arbeiten, sechzig Prozent davon – oft unfreiwillig – in Teilzeitstellen. Daraus ergibt sich nicht selten eine materielle Abhängigkeit vom Partner oder den Zwang, einen Zweitjob anzunehmen oder mit Hartz IV aufzustocken. Auch wenn die Erzieherinnen und Erzieher medial im Mittelpunkt stehen: Wir Sozialarbeiterinnen streiken auch und dürfen mit unseren Gehaltsforderungen nicht unter den Tisch fallen. Der Beruf der Sozialarbeiterin ist eine Menschenrechtsprofession und nimmt Partei für die Unterdrückten und Verarmten. In diesem Sinne ist es ein gesellschaftskritischer Beruf; es wird aufbauende Arbeit, am Individuum und im Sozialstaat geleistet.

**Julian Koll:** Es geht auch darum, eine gesellschaftliche Debatte loszutreten, was Bildung eigentlich wert ist. Heutzutage ist ja klar, wie wichtig frühkindliche Bildung ist. Der Volksmund hat ja recht: „Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Doch in der Wertschätzung und Bezahlung unserer Arbeit schlägt sich das nicht nieder.

### Geht es nur um Geld?

**Julian Koll:** In dieser Tarifrunde geht es um eine höhere Eingruppierung im Rahmen des Tarifvertrags Öffentlicher Dienst (TVÖD). Ich bin aber der Meinung, dass wir auch für bessere Arbeitsbedingungen und vor allem eine bessere Personalausstattung kämpfen sollten. In meiner Kita fehlen im Durchschnitt jeden Tag drei Erzieherinnen. In NRW gilt ein Personalschlüssel von zwei Erzieherinnen auf 25 Kinder. Das sind viel zu viele Kinder. Leider hat sich bei unseren ver.di-Verantwortlichen noch nicht die Erkenntnis durchgesetzt, dass man auch für mehr Personal streiken kann.

**Heidrun Dittrich:** Da ist der Kampf der Beschäftigten an der Berliner Charité für mehr Personal im Krankenhaus und einen

tariflich geregelten Personalschlüssel und Gesundheitschutz wichtig. Er müsste für viele andere Bereiche ein Vorbild sein.

### Wie ist der Streik bisher gelaufen?

**Julian Koll:** Sehr gut. Die Streikbereitschaft ist hoch. Viele Kolleginnen und Kollegen bringen sich auch aktiv ein. Wir versuchen über Versammlungen, Aktionen und Workshops einen aktiven Streik hinzubekommen. Es zeigt sich auch, dass die Gewerkschaft Mitglieder gewinnt, wenn sie Kämpfe organisiert.

### Ihr seid nicht die einzigen, die streiken. Wo gibt es Zusammenhänge zu den Kolleginnen und Kollegen in anderen Bereichen?

**Heidrun Dittrich:** Jede Auseinandersetzung scheint um andere Dinge zu gehen, aber letztlich geht es doch überall darum, dass Beschäftigte vernünftige Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen. Gerade die Arbeitsbelastungen sind in vielen Berufen so enorm angewachsen, dass vielen Kolleginnen und Kollegen die Hutschnur reißt. Sie wissen: Da muss sich dringend etwas ändern. Die beste Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums sind höhere Gehälter der Beschäftigten. Jeder Euro an Steuergeld ist bei den Gehaltsforderungen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst richtig gut aufgehoben. Steuergelder sollen sinnvoll

**Heidrun Dittrich:** Wir brauchen sicher einen langen Atem und müssen Rückgrat zeigen, wenn die öffentliche Stimmung sich mehr gegen uns wenden sollte. Um dem entgegenzuwirken, ist Solidaritätsarbeit mit den Eltern, Kita-Beiräten, Elternvertretungen nötig. Aber auch Solidaritätsstreiks sollten in die Überlegungen der Gewerkschaft Einzug halten, denn schließlich geht es auch darum die öffentliche Daseinsvorsorge als solche zu verteidigen und das geht alle an.

### Was haltet Ihr vom Tarifeinheitsgesetz?

**Heidrun Dittrich:** Das ist ein gefährlicher Eingriff in die Rechte der Beschäftigten, das muss gestoppt werden.

**Julian Koll:** Das ist ja ein weiterer Grund, gemeinsam zu streiken. Gerade die Streiks der GDL sind wichtig, um dieses Gesetz noch zu stoppen, das ja auch von meiner Gewerkschaft ver.di abgelehnt wird. Es ist aber schade, dass viele Funktionsträger und Hauptamtliche bei ver.di in der GDL vor allem eine gegnerische Organisation sehen, statt eine Gewerkschaft, die für die Interessen ihrer Mitglieder kämpft. Ich würde mir da mehr Solidarität wünschen.

**Heidrun Dittrich:** Wenn das Streikrecht ausgehöhlt wird, trifft das uns alle, nicht nur die kleinen Gewerkschaften. CDU/CSU schmieden ja auch schon die nächsten Pläne, um Streiks in der öffent-



**Ich bin solidarisch mit der GDL, weil sie sich für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzt und bereit ist, sich mit dem Arbeitgeber, Vorstand der Bahn, und der Regierung, dem Eigentümer der Bahn, anzulegen.**

Helmut Born Betriebsratsvorsitzender und Mitglied im Landesbezirksvorstand ver.di NRW

für soziale Verbesserungen eingesetzt werden und nicht für die Anschaffung neuer Waffengattungen.

### Was ist nötig, um Euren Streik – und vielleicht auch andere – zu gewinnen?

**Julian Koll:** Solidarität ist wichtig. Wir streiken und zeigen unsere ganze Entschlossenheit, aber ohne die Solidarität von außen, vor allem auch seitens der Eltern, wird es schwierig. Die verschiedenen Kämpfe sollten außerdem verbunden werden. Ich bin für gemeinsame Streiktage von uns, der GDL, den Kollegen bei der Post und den Versicherungen. Dann würden wir unsere Kräfte bündeln.

lichen Daseinsvorsorge zu erschweren. Das muss unbedingt verhindert werden. Ich habe auf einer Warnstreik-Kundgebung der Versicherungsbeschäftigten eine Solidaritätsbotschaft überbringen können und dort gesagt: „Die GDL verteidigt mit ihrem Arbeitskampf auch unser Streikrecht. Das Streikrecht verteidigen wir am besten dadurch, indem wir streiken. Rechte die wir nicht nutzen, werden uns genommen.“ Dafür gab es viel Applaus.

Das Interview für die Streikzeitung führte Sascha Stanicic.

## Streikrepublik?!

Alexandra Arnsburg

Der Mai ist noch nicht ganz rum und schon gibt es 2015 doppelt so viele Streiktage wie im Vorjahr. Bahn, Sozial- und Erziehungsdienste, Post, Versicherungen, Berliner Charité, Landesbeschäftigte, Metall- und Elektroindustrie – und bald ist der Einzelhandel dran. CDU/CSU und BILD sehen die Republik gefährdet. Dabei wird in Deutschland im internationalen Vergleich – leider – immer noch wenig gestreikt.

Gründe für Streik gibt es genug. Und diese sind nicht etwa Maßlosigkeit bei den Streikenden, sondern miese Arbeitsbedingungen, unangemessene Löhne, zu wenig Personal, Ausgliederungen – und der Angriff auf das Streikrecht. Die Verantwortlichen für die Streiks heißen nicht Bsirke und Weselsky, sondern Grube und Merkel. Die Streikenden reagieren nur auf Klassenkampf von oben und jahrelange Maßlosigkeit von Regierung und Kapital bei der Umverteilung von unten nach oben. Höchste Zeit, dass hier mal der Schalter umgelegt wird. Um das zu erreichen, sollten sich die Gewerkschaften auf alte Werte besinnen: Solidarität! Gemeinsam kämpfen! Alle oder keine!

Ich habe nie verstanden, weshalb Montags der eine Betrieb und Dienstags der andere streikt. Weshalb ver.di auf dem Marktplatz und die IG Metall vor dem Rathaus demonstriert. Es ist höchste Zeit, dass wir abhängig Beschäftigten unsere Kräfte bündeln. Sonst blüht uns nicht nur das Tarifeinheitsgesetz, sondern auch weitere Einschnitte in das Streikrecht. Hiervon wird wohl zuerst die öffentliche Daseinsvorsorge betroffen sein.

Warum also nicht ein gemeinsamer Streiktag der öffentlichen Daseinsvorsorge – organisiert von ver.di, GEW, GDL und anderen? Der Gebrauchswert einer Gewerkschaft zeigt sich im Kampf.

Alexandra Arnsburg arbeitet bei der Telekom und ist Mitglied im ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg (Funktionsangabe dient nur zur Kenntlichmachung der Person).

## ... besser für alle!

Lucy Redler

Mehr von uns ist besser für alle“ – das ist der Slogan der ver.di Betriebsgruppe am Berliner Universitätsklinikum Charité in ihrem Kampf für einen Tarifvertrag zu Personalbemessung und Gesundheitsschutz. Bundesweit fehlen 162.000 Stellen in den Krankenhäusern. Ver.di fordert eine gesetzliche Personalbemessung. Darauf wollen die Beschäftigten an der Charité nicht warten und fordern eine tarifvertragliche Regelung. Sie wollen, dass auf einer Normalstation keine Pflegekraft mehr als fünf Kranke versorgen muss – im Intensivbereich nicht mehr als zwei. Und dass kein Nachtdienst mehr alleine verrichtet werden darf. Dafür sind sie im Mai zwei Tage in den Warnstreik treten – mit riesiger Resonanz. Das hat den Arbeitgeber aber noch nicht zum Einlenken gebracht. Deshalb hat ver.di die Urabstimmung über einen unbefristeten Arbeitskampf eingeleitet. Ist dieser erfolgreich, wird das Auswirkungen auf das Krankenhauswesen bundesweit haben. Deshalb ist auch hier Solidarität wichtig. Infos gibt es hier: [www.-mehr-krankenhauspersonal.de](http://www.-mehr-krankenhauspersonal.de)

Lucy Redler ist aktiv im Bündnis „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“

## Bei Streik: krank!

Rolf Geffken

Die Deutsche Post hat 28 Beamte in den Briefniederlassungen Frankfurt und Gießen, der Zustellbasis Frankfurt und im Paketzentrum Rodgau im April auf Arbeitsplätze eingesetzt, die bestreikt wurden. Das erfolgte, obgleich das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss vom 02.03.1993 (1 BVR 1213/85) entschieden hatte, dass die damalige Bundespost nicht den Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen hätte anordnen dürfen. Dadurch würde die öffentliche Verwaltung im Gegensatz zu privaten Arbeitgebern über ein zusätzliches Kampfmittel bei kollektiven Streitigkeiten verfügen.

Die Post hatte sich damit versucht, herauszureden, der Einsatz sei ja „freiwillig“ und nicht angeordnet. In der Tat stellt sich die Frage, inwieweit der „Dienst“ von Beamten überhaupt „freiwillig“ sein kann. Nimmt man das Beamtenrecht ernst, dann ist im hierarchischen Dienstverhältnis des Beamten kein Platz für die Kategorie der „Freiwilligkeit“. Der Versuch, auf Beamte als Streikbrecher zurückzugreifen, wirft in aller Schärfe die Frage nach der Verfassungswidrigkeit Streikverbots für Beamte auf, das gesetzlich nicht ausdrücklich verankert ist und im übrigen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt.\* Diese Auffassung teilen zwar die meisten Verwaltungsgerichte nicht. Sie wird sich aber auf Dauer durchsetzen – schon angesichts der Europarechtswidrigkeit einer solchen Rechtsprechung. Abkürzen kann man die Dauer dieses Prozesses nur durch Praxis. Beamte sollten sich wehren. Ob durch eigene Streiks, durch Verweigerung von Streikbrecherarbeit, durch Dienst nach Vorschrift oder durch „Arbeitsunfähigkeit“ ist dabei sekundär.

Dr. Rolf Geffken ist Fachanwalt für Arbeitsrecht

\*) Vgl., Geffken, Vortrag bei ver.di Südhessen, in: [http://archiv.labournet.de/branchen/dienstleistung/oed/streikverbot\\_geffken.pdf](http://archiv.labournet.de/branchen/dienstleistung/oed/streikverbot_geffken.pdf) Beitrag hier gekürzt; ungekürzt bei Labournet Germany: <http://www.labournet.de/?p=80542>

**STREIKZEITUNG****JA zum GDL-Arbeitskampf – NEIN zum Tarifeinheitsgesetz**

Die STREIKZEITUNG geht davon aus, dass gewerkschaftlich Aktive und Linke bei einer Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital grundsätzlich auf der Seite der Lohnarbeit stehen. Aktuell heißt das, dass der Kampf der GDL zu unterstützen ist. Bereits 2007/2008 zeigte sich, dass der damalige GDL-Arbeitskampf eine deutlich positive Wirkung für alle Gewerkschaften hatte.

Der aktuelle Arbeitskampf findet in einer besonderen politischen Situation statt. Mit dem Tarifeinheitsgesetz startet die CDU/CSU-SPD-Regierung einen massiven Angriff auf das Recht auf freie Bildung von Koalitionen und das Streikrecht. Offensichtlich ist in der aktuellen Auseinandersetzung die harte Haltung des Arbeitgebers, der bundeseigenen Deutschen Bahn, von den Plänen zur Durchsetzung des Gesetzes mitbestimmt.

Eine Niederlage der GDL im Arbeitskampf wäre eine Niederlage der Gewerkschaftsbewegung. Die Verabschiedung des Tarifeinheitsgesetz im Bundestag wird die Gewerkschaftsbewegung schwächen und das Streikrecht einschränken. Beide Auseinandersetzungen – der Arbeitskampf bei der Bahn und die Debatte um den Gesetzesentwurf – stehen faktisch in einem engen Zusammenhang. Ein Erfolg der GDL erschwert die Umsetzung des Gesetzes deutlich.

Das Verhältnis der STREIKZEITUNG gegenüber der GDL ist solidarisch. Die STREIKZEITUNG ist politisch, redaktionell und finanziell von der GDL unabhängig. Die STREIKZEITUNG ist einsetzbar parallel zu Streikmaßnahmen, z.B. vor Bahnhöfen, und gegenüber Fahrgästen; sie orientiert nicht zuletzt auf fortschrittliche Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, vor allem auch aus dem Bereich des DGB.

**Die STREIKZEITUNG hat die nachfolgend genannten zwölf Herausgeberinnen und Herausgeber:**

**Tom Adler** Stuttgart IGM Stadtrat, ehem. BR Daimler · **Rolf Becker** Hamburg, ver.di, Schauspieler · **Klaus Gietinger** Wilhelmshorst Regisseur (u.a. „Tatort“) · **Johannes Hauber** Mannheim IGM, President Industrial Railway Committee · **Heike Hänsel** Berlin MdB, DIE LINKE · **Eberhard Happe** Celle Bundesbahndirektor a.D., GDL · **Anton Kobel** Mannheim und Heidelberg ehem. Gewerkschaftssekretär HBV/ver.di · **Prof. Ingrid Kurz-Scherf** Marburg/L. ver.di · **Lucy Redler** Berlin Bundessprecherrätin der AG Antikapitalistische Linke in DIE LINKE · **Werner Rügemeier** Köln ver.di, Wissenschaftlicher Beirat Attac · **Mag Wompe** Bochum ver.di, Labournet Germany · **Winfried Wolf** Wilhelmshorst, Lunapark21

**Die STREIKZEITUNG wird darüber hinaus unterstützt von:**

**Prof. Elmar Altvater** Berlin · **Alexandra Arnsburg** Mitglied im ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg · **Prof. Armin Bernhard** Duisburg Uni Duisburg-Essen · **Christiane Christen** Berlin Wirtschaftswissenschaftler · **Özlem Demirel** Landesvorsitzende DIE LINKE NRW · **Serdar Derventli** Köln Journalist, Mitglied ver.di NRW LBV · **Sevim Dağdelen** MdB, DIE LINKE · **Manfred Dietenberger** ehem. DGB-Chef Unidshut · **Alex Demirovic** Berlin Sozialwissenschaftler, Universität Frankfurt/M., Rosa-Luxemburg-Stiftung · **Jochen Dürr** Schwäbisch Hall ver.di, Bundessprecher AG Betriebe & Gewerkschaften in DIE LINKE · **Zeynep Sefariye Eksi** Köln Vorsitzende DIDF · **Bernd Gehrke** Berlin Publizist und Teamer · **Thies Gleiss** Köln BRV · **Stephan Gummert** Berlin ver.di Betriebsgruppenvorstand Charité · **Gerwin Goldstein** Betriebsrat, VL, Daimler Bremen, IG Metall · **Prof. Michael Hartmann** Darmstadt · **Christa Hourani** Betriebsrätin, VK-Leiterin, Daimler-Zentrale Stuttgart, IG Metall · **Inge Höger** Herford MdB DIE LINKE · **Renate Hürtgen** Berlin Historikerin · **Ulla Jelpke** Berlin MdB, DIE LINKE · **Bernd Köhler** Mannheim Musiker · **Heiner Köhnen** Köln TIE (Transnationals Information Exchange) · **Thomas Kuczynski** Berlin Lunapark21 · **Sabine Leidig** Hanau MdB, DIE LINKE · **Prof. Dr. Ingrid Lohmann** Hamburg · **Birgit Mahnkopf** Berlin · **David Matrai** Hannover Gewerkschaftssekretär ver.di · **Prof. Mohssen Massarrat** Berlin · **Wolfgang Neef** Berlin · **Prof. Dr. jur. Norman Paech** Hamburg · **Tobias Pflüger** Tübingen stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE · **Karl Heinz Roth** Bremen Historiker · **Prof. Jürgen Rochlitz** Burgwald-Ernsthäuser · **Guido Schönian** Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss der GEW Köln · **Charly Schweizer** Lindau GEW · **Sascha Stanicic** Berlin Bundessprecher der SAV, ver.di; aktiv bei „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ · **Torsten Sting** Mitglied im ver.di Bezirksfachbereichsvorstand Rostock, Verkehr · **Marc Treude** Mitglied ver.di Fachbereichsvorstand 8, Aachen/Düren/Erft · **Elmar Wigand** Köln Aktion gegen Arbeitsunrecht

**Die STREIKZEITUNG wird von den folgenden Initiativen etc. unterstützt:**

Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken · Assoziation für Kritische Gesellschaftsforschung (AKG) · Aktion gegen Arbeitsunrecht · Bündnis „Hände weg vom Streikrecht – für völlige gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ · DIDF – Föderation Demokratischer Arbeitervereine · Zeitschrift express · Gewerkschafter gegen Stuttgart 21 · FAU – Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union · Labournet Germany (Bochum) · Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di · Sozialistische Alternative – SAV · Sozialistische Zeitung – SoZ

Alle Funktionsangaben in dieser Zeitung dienen ausschließlich der Kenntlichmachung der Person.

# Solidarität – bevor es zu spät ist

Sebastian Gerhardt

Das Tarifeinheitsgesetz ist noch nicht durch den Bundestag, da fordern Teile der CDU bereits Verschärfungen. Und nicht nur sie. Ende April fragte *Focus* den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Joachim Pfeiffer, mündgerecht nach seinem Verständnis für den GDL-Streik. Wenig überraschend fand der Politiker den Streik gar nicht gut. Dann drängelte *Focus*: „Warum bekommt die Politik die Minigewerkschaften nicht in Griff?“ Und: „Wo muss Frau Nahles nachbessern?“ Die Antwort fiel deutlich aus: „In zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge, etwa im Luft und Bahnverkehr oder bei der Energie und Wasserversorgung brauchen wir klare Vorschriften. Gerade in diesen Bereichen können Streiks Schäden in Millionenhöhe auslösen. Frau Nahles sollte über Verfahrensanforderungen nachdenken, etwa angemessene Ankündigungspflichten, obligatorische Schlichtungsverfahren oder eine Verpflichtung, die Grundversorgung der Allgemeinheit aufrechtzuerhalten.“ Kurz: Streik ja, aber nur, wenn es nichts bringt.



**Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil wir Streiks brauchen, um höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen – und um das Streikrecht zu verteidigen. Nichts anderes macht die GDL. Und das ist gut so.**

Carsten Becker, ver.di-Betriebsgruppenvorsitzender Berliner Charité

Die Krokodilstränen über die Interessen der Allgemeinheit vergießen neoliberale Politiker immer dann, wenn es um etwas ganz anderes geht. Herrn Pfeiffer käme es nicht in den Sinn, die Tariffucht von Unternehmen oder die wahnsinnigen Einkommen von Managern zu kritisieren. Da sieht er kein Problem, wenn eine Minderheit über eine Mehrheit entscheidet. Denn da sieht er „den Markt“ am Werk. Oder es geht um Eigentümerinteressen, die ihm heilig sind. Wenn aber eine Gewerkschaft der Lokomotivführer sich weigert, die Solidarität mit den Rangierlokfühnern aufzugeben, dann ruft der Herr gern vorsorglich den Notstand aus.

Wenn doch nur alle Gewerkschaften auch so viel Klassenbewusstsein hätten. Aber vier DGB-Gewerkschaften – die IG Metall, die IG BCE, die IG BAU und die EVG – wollen kein Problem mit dem Tarifeinheitsgesetz sehen. Aus Organisationsinteresse oder als Teil der erfolgreichen deutschen Exportindustrie unterstützen sie das Gesetz, das CDU/CSU und SPD am 22. Mai in dritter Lesung beschließen wollen. Was gehen sie die Probleme der anderen

Wenn man sich so mit der großen Politik und den großen Konzernen einigen kann – wer braucht da noch Solidarität?

Diese Politik wird scheitern. Sie wird genauso scheitern wie der inkonsequente IG Metall Streik für die 35-Stunden-Woche

**BESTELLEN + + + BESTELLEN + + + BESTELLEN + +**  
Seit November 2014 erschienen sechs Ausgaben der **STREIKZEITUNG**. (Nr. 5 war eine Sonderausgabe, die nur in pdf-Form bzw. dezentral gedruckt erschien).

**Träger der STREIKZEITUNG:** BFS – Büro für Frieden und Soziales e.V. An den Bergen 112, 14552 Michendorf

**Konto:** BFS e.V. MBS – Mittelbrandenburgische Sparkasse  
IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 (SWIFT-BIC: WELADED1PMB)

Die **STREIKZEITUNG** finanziert sich in erster Linie durch Spenden. Die Kosten je Exemplar wie folgt – jeweils *einschließlich* Porto und Verpackung):

von 10 bis 75 Ex = 30 Cent / pro Ex.  
von 76 bis 100 Ex = 25 Cent / pro Ex.  
von 101 bis 250 Ex = 20 Cent / pro Ex.  
ab 251 Ex = 15 Cent / pro Ex.

Bitte nur nach Erhalt der Rechnung und unter Bezug auf die Rechnungsnummer bezahlen.

**E-Mail-Adresse** (für Bestellungen usw.): pro-gdl-streik14@mail.de

**Website:** www.pro-gdl-streik14.de

Postadresse: BFS e.V., An den Bergen 112, 14552 Michendorf

**V.i.S.d.P. und verantwortlicher Redakteur:** Dr. Winfried Wolf

**SOLIDARITÄT**  
kennt kein  
**GUTES**  
**STREIKEN**  
**SCHLECHTES**  
**STREIKEN**  
auch nicht beim Streik der GDL

**Solidarische Grüße vom Solikomitee  
Sozial- und Erziehungsdienst - Kassel.**



in Ostdeutschland im Jahr 2003, mit dessen Niederlage der Lohn- druck des Tarifgebietes Ost verewigt wurde. Sie wird genauso scheitern wie die gewerkschaftliche Mitarbeit in der Hartz-Kommission, die (ein bisschen) Gutes erreichen und (noch) Schlimmeres verhindern sollte. Immer wieder ging es darum, dass man erst die eigenen Probleme löst und sich um die der Anderen – der anderen Firmen und Branchen, der anderen Berufsgruppen, der Arbeitslosen – schon auch kümmert. Nur etwas weniger. Und etwas später. Und warum eigentlich überhaupt? Diese Politik wird scheitern. Aber wenn diese Politik gescheitert ist, dann gibt es keinen Weg zurück.

Als 1981 die kleine Gewerkschaft der Fluglotsen in den

USA, Patco, gerade 14000 Beschäftigte zum Streik aufrief, wollte sich der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO heraushalten. Ein kleiner Konflikt, ausgelöst von einer kleinen Gewerkschaft, die kurz zuvor auch noch die Wahl von Ronald Reagan zum US-Präsidenten unterstützt hatte. Außerdem die Fluglotsen, warum wollen gerade die kürzere Arbeitszeiten und beschwerten sich über Stress? Dann traten 80 Prozent der Beschäftigten in der Flugsicherung in den Streik. Was dann kam, überraschte alle: Entlassung der Fluglotsen, Berufsverbote – bis 1993! Und eine Zerschlagung der US-Gewerkschaftsbewegung, von der sie sich bis heute nicht erholt hat. Im Nachhinein zeigten einige Gewerkschaftsführer Reue: „Wenn wir doch nur 1981 ...“ Doch es führt kein Weg zurück.

Woher kommt eigentlich Solidarität? Ein englischer Dichter, John Donne, schrieb einmal: „Kein Mensch ist eine Insel, vollständig für sich. Jeder Mensch ist ein Stück des Kontinents, ein Teil des Ganzen. ... Und deshalb frage nie, für wen die Stunde schlägt: Sie schlägt für Dich.“ John Donne starb 1631. Seine Botschaft ist noch immer nicht bei allen Kolleginnen und Kollegen angekommen. Dass muss sich ändern. Sonst sagen in zehn Jahren einige Kollegen: „Wenn wir doch nur 2015 ...“ Und es hilft wieder nichts.